

Kompakt

255 Euro Bußgeld

Drei Mal zu schnell in Radarkontrolle

RASTEDE. Drei Mal hintereinander in kurzer Zeit ist eine 28-jährige Autofahrerin in Rastede (Kreis Ammerland) am Donnerstag an derselben Stelle zu schnell gefahren und von der Polizei erwischt worden. Für die wiederholte Geschwindigkeitsüberschreitung droht der Frau nun ein Bußgeld von insgesamt 255 Euro sowie ein Punkt in Flensburg. Wäre es bei einem Verstoß geblieben, hätten sie nur 70 Euro zahlen müssen. (Ini/lit)

Evangelische Kirchengemeinde

Journalist Nelhiebel erhält Friedenspreis

BREMEN. Der Bremer Journalist, Schriftsteller und Dichter Kurt Nelhiebel (94) hat den kirchlichen „Habenhäuser Friedenspreis“ bekommen. Nelhiebel habe gegen Militarismus und Faschismus gekämpft und Verbrechen der Nazizeit aufgearbeitet, so der evangelische Gemeindepastor Jens Lohse. Nelhiebel war lange Nachrichtenchef von Radio Bremen. Bücher und Essays schrieb er unter dem Pseudonym Conrad Taler. (epd/lit)

Fraktionen von SPD und CDU

Gedenkstätten als Lernorte entwickeln

HANNOVER. Die Fraktionen von SPD und CDU in Niedersachsen haben über die politische Liste 500 000 Euro für Gedenkstätten eingeplant. Projekte sollen unterstützt werden, die Gedenkstätten als außerschulische Lernorte weiterentwickeln, so der bildungspolitische Sprecher der SPD, Stefan Polze. Junge Leute erfahren Geschichte an authentischen Orten und spüren, welche Bedeutung Vergangenes für Gegenwart und Zukunft hat. (epd/lit)

5000 Mitglieder in Hannover

Jüdische Gemeinden zu Festakt eingeladen

HANNOVER. Mit einem Festakt will Hannovers Oberbürgermeister Belit Onay (Grüne) an die gut 700-jährige jüdische Tradition in der Stadt erinnern. Am Montag werden im Neuen Rathaus Vertreter der vier jüdi-

Redeverbot und Essenszwang

Nordsee-Zeitung
19.11.2021

Frühere „Verschickungskinder“ fordern Aufarbeitung – Viele leiden noch als Erwachsene unter Angststörungen oder Depressionen

Von Christina Sticht

BORKUM. Es ist ein dunkles Kapitel in der Geschichte der Bundesrepublik: Über Schikanen und Demütigungen in Erholungsheimen für Kinder wurde Jahrzehnte geschwiegen. Dabei leiden viele betroffene „Verschickungskinder“ heute noch unter den Folgen.

Sie sollten an der See oder im Gebirge „aufgepöppelt“ werden, stattdessen kehrten Tausende verängstigt oder gar traumatisiert aus der Kur zurück. Was genau geschätzte acht bis zwölf Millionen Kinder erlebten, die zwischen 1945 und 1990 meist für sechs Wochen allein in Heime „verschickt“ wurden, ist bis heute nicht aufgearbeitet.

Nach ihrer Rückkehr haben viele ihren Eltern nichts von den erlittenen Qualen erzählt, anderen wurde nicht geglaubt. Doch seit 2019 brechen immer mehr frühere „Verschickungskinder“ ihr Schweigen. Rund 5000 von ihnen haben einen standardisierten Fragebogen ausgefüllt, zudem finden sich auf Internet-Plattformen Tausende Erlebnisberichte, die Mehrheit zutiefst erschütternd.

Kongress auf Borkum

An diesem Wochenende richtet der Verein Aufarbeitung und Erforschung von Kinderverschickung (AEKV) einen Kongress auf der Nordsee-Insel Borkum aus, wo es zeitweise 30 dieser Erholungsanstalten gab. Die Kuren wurden von Kinderärzten verschrieben und in der Regel von der Kranken- oder Rentenversicherung finanziert. In Transporten mit der Bundesbahn wurden Mädchen und Jungen im Alter von zwei bis zwölf Jahren in die Kurorte an der Nordsee oder in den Bergen gebracht. Dort waren Eltern-Besuche oder -Anrufe verboten – selbst bei Kleinkindern.

„Das Schlimmste war das Gefühl der absoluten Aussichtslosigkeit“, erinnert sich Sabine Ludwig, die 1964 als Zehnjährige sechs Wochen auf Borkum verbrachte. „Ich war mir sicher, dass ich nie wieder nach Hause zurückkomme. In anderen Heimen wurde man gemästet, wir haben gehungert.“

Ihre Erlebnisse verarbeitete die Berliner Autorin 2014 in dem



Kinder beim Tanzen in einem Kurheim in Bad Dürkheim im Jahr 1959. Immer mehr „Verschickungskinder“ fordern jetzt Aufarbeitung, denn in vielen Heimen wurden sie gequält und es herrschte ein militärischer Ton. Foto: privat

Buch „Schwarze Häuser“ für Leserinnen und Leser ab zehn Jahren. Ludwig kann seit ihrem Borkum-Aufenthalt nicht mehr mit mehreren Menschen in einem Raum schlafen. Traumafolgen von Schikanen in Duschräumen, Essens- sowie Schlafsälen können aber auch Angststörungen oder Depressionen sein.

Nach den Recherchen des Betroffenenvereins hatten die körperlichen und seelischen Misshandlungen System und waren nicht etwa temporäre Ausrutscher in wenigen schlecht geführten Einrichtungen. „Warum hören wir aus so vielen Heimen das Gleiche?“, fragt Anja Röhl, Mitgründerin vom AEKV. „Dazu gehören ein extrem militärischer Umgangston, niemals Trost, Verbot von Lachen, von Weinen, Redeverbot, Schlafzwang, Essenszwang, nächtliches Toilettenverbot.“ Häufig berichten Betroffene, dass Bettnässer öffentlich bloßgestellt oder Kinder gezwungen wurden, Erbrochenes aufzuessen. Röhl sieht Kontinuitäten aus

der Zeit des Nationalsozialismus. Die 66-Jährige hofft darauf, dass möglichst bald die 5000 mit dem Berliner Nexus-Institut konzipierten Fragebögen ausgewertet werden. Schon im Mai 2020 hatte die Familienministerkonferenz die Bundesregierung aufgefordert,

» Das Schlimmste war das Gefühl der absoluten Aussichtslosigkeit. «

Sabine Ludwig, die 1964 als Zehnjährige sechs Wochen auf Borkum verbrachte

die Vorkommnisse auf Bundesebene aufzuklären. Jedoch herrscht seit einem ersten Gespräch Anfang dieses Jahres Funkstille. Der Fachaustausch mit Betroffenen-Vertreterinnen und -Vertretern solle möglichst bald fortgesetzt werden, heißt es aus dem Bundesfamilienministerium.

Die Verschickung war ein Massenphänomen: 1143 Heime werden 1964 in einem Verzeichnis

genannt, die meisten in Baden-Württemberg, gefolgt von Bayern, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen.

Die Diakonie Niedersachsen ließ voriges Jahr drei Todesfälle in einer Einrichtung in Bad Salzdetfurth untersuchen. Dort wurde 1969 innerhalb weniger Monate ein Dreijähriger von drei sechs Jahre alten Jungen totgeprügelt, ein Siebenjähriger erstickte an Erbrochenem und ein Mädchen starb infolge einer Infektion. Bei allen Todesfällen könne man zumindest ansatzweise Fahrlässigkeit unterstellen, heißt es im Fazit der Studie. Inzwischen wurde im Auftrag der Diakonie auch zu anderen Erholungsstätten geforscht.

In Hamburg läuft eine Studie zu Heimen der Ballinstiftung, der Abschlussbericht wird 2023 erwartet. Auch die Landtage von Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg beschäftigten sich mit dem Schicksal der „Verschickungskinder“. Die Betroffenen verlangen laut Röhl vorerst keine Entschä-

digungen, wie sie ehemalige Heimkinder für erlittenes Unrecht in der frühen Bundesrepublik oder in der DDR beantragen können. Notwendig seien aber ein Dokumentationszentrum sowie Hilfen bei den Recherchen individueller Schicksale sowie gesellschaftlicher Ursachen.

Eine zentrale Frage ist, warum sich das System über Jahrzehnte halten konnte und wer von den Kuraufgehalten von teils völlig gesunden Mädchen und Jungen profitierte. Nach Analyse der Historikerin Hilke Lorenz gab es eine „Gesundheitsfürsorgeindustrie, die unabhängig vom medizinischen Nutzen an den Kinderkuren als lukrativem Wirtschaftszweig in strukturschwachen Regionen verdiente“. Lorenz plädiert ebenso für eine umfassende Aufarbeitung.

In ihrem Buch „Die Akte Verschickungskinder“ schreibt sie: „Dass Schläge und psychischer Zwang in der Erziehung dieser Zeit üblich waren, entschuldigt nichts.“ (lit)